

Rußland

Wirtschaft unter ihre Kontrolle zu bringen? Laut *Wprost* räumte Moskau in brüderlicher Hilfe den polnischen Sozialdemokraten das Recht ein, polnisch-russische Firmen zu gründen, die in Handel und Tourismus tätig sind, aber auch Consulting, Marketing und andere Dienstleistungen anbieten. Die Namen der Manager und Teilhaber lesen sich wie ein Who's who der polnischen Sozialdemokratie.

Einen Teil des Kredits zahlten die Polen in der Wohnung des KGB-Residenten Alganow zurück – unter den Augen weiterer KGB-Mitarbeiter, wie sich bei der Untersuchung herausstellte.

Wenn die Vorwürfe stimmen, worauf vieles hindeutet, dann steckt zumindest ein Teil der Regierungskoalition in jenem Sumpf, dessen Modergeruch prominente Intellektuelle vorige Woche in einem Brief anprangerten. Die ehemaligen Kommunisten, heißt es darin, hätten aus der Geschichte gelernt; sie verzichteten auf schrille Propaganda, Ideologie und Terror zugunsten eines Pragmatismus, der ihnen noch effektiver als zuvor die Kontrolle über die Gesellschaft verschaffe.

Das politische Programm der Neokommunisten sei armselig, schreibt der Dichter Zbigniew Herbert, die gewendeten Genossen stützten sich auf zwei Prinzipien: „Kontrolle des Kapitals und Schaffung eines total gehorsamen, zentral gelenkten Verwaltungsapparats“.

Oleksy, der sich selbst für den tüchtigsten Premier seit 1989 hält, verlangt nun, daß alle Dokumente über die Spionagevorwürfe in einem „Weißbuch“ veröffentlicht werden, damit die Öffentlichkeit selbst urteilen könne.

Präsident Kwaśniewski geht noch weiter. Polen sei vom „Spionagefieber“ erfaßt, diese „Manie“ müsse aufhören. Um den Enthüllungswettkampf der Medien zu beenden, so Kwaśniewski, sollten alle Akten des Staatsschutzamtes offengelegt werden – ein Plan, der nach Einschätzung von Ex-Innenminister Milczanowski „an Hochverrat grenzt“, weil er einer Auflösung des Geheimdienstes gleichkäme und das Leben von Agenten in Gefahr brächte.

Der Präsident schwächte seine Forderung daraufhin ab und will jetzt eine „Kommission des Öffentlichen Vertrauens“ einsetzen, angeblich um Bürger vor ungerechtfertigten Vorwürfen zu schützen. Ob dieses Gremium nach dem Vorbild der deutschen Gauck-Behörde arbeiten soll, ist noch nicht klar.

Unwahrscheinlich jedoch, daß Kwaśniewski wirklich eine schonungslose Durchleuchtung anstrebt, um belastete Bürger von öffentlichen Ämtern fernzuhalten – damit würde er womöglich seiner eigenen Karriere und der vieler Freunde ein jähes Ende bereiten.

Flucht vom Schiff

Um Präsident zu bleiben, wirbt Jelzin um die Gunst der kommunistischen Wähler. Die Reformer haben mit ihm gebrochen.

Als er noch auf demokratische Umgangsformen Wert legte, dachte sich Boris Jelzin 1993 den Ukas Nummer 273 mit dem schönen Titel aus: „Über die Vervollkommenung des Systems zur Sicherung der Tätigkeit des Präsidenten der Russischen Föderation“.

Es war die Geburtsurkunde des „Präsidentenrats“. Diese Runde „bedeutender

Gelehrter“ und „angesehener Personen des öffentlichen Lebens“ sollte dem damaligen Reformator Rußlands, Jelzin, zur Seite stehen und einmal im Monat unter seinem Vorsitz tagen.

Doch seit der russische Staatschef sich lieber mit Kommiß- statt mit Eierköpfen umgibt, sind Ratgeber aus demokratischer Vorzeit abgemeldet: Er hat das Gremium seit fast zwei Jahren nicht mehr zusammengerufen. Während der Präsident neuerdings mit frischerworbenen Kenntnissen über das Mordgewerbe von Scharfschützen prahlt, sagten sich in den letzten Tagen gleich vier Wesire von ihrem Herrn los, den nur noch der Machterhalt interessiert.

Ratsmitglied Otto Lazis, liberaler Publizist, brach mit seinem Präsidenten wegen des Sturmbefehls auf tschetschenische Terroristen und Geiseln in Perwomaiskoje. Rechtswissenschaftler Sergej Alexejew, zweiter abgängiger Präsidentenberater, verurteilte den Tschetschenien-Krieg als „allen Rechts- und Verfassungsgrundsätzen eines zivilisierten Staates wider-

sprechend“. Der dritte Dissident, Ex-Premier Jegor Gaidar, empfand sogar die Kandidatur Jelzins für eine weitere Amtsperiode als Zumutung: „Das beste Geschenk, das man den Kommunisten machen kann.“

Die sichern nach ihrem Wahlerfolg vom Dezember ihre Positionen mit parlamentarischen Mitteln. Vorsitzender der Duma wurde ein Ex-Chefredakteur der *Prawda*; seine Genossen leiten jetzt 9 der 28 Duma-Ausschüsse: Ein Putschist von 1991 übernahm das wichtige Gesetzgebungskomitee, ein ehemaliger Staatsplanchef das Wirtschaftskomitee. Der kommunistische Vorsitzende des Sicherheitsausschusses animierte voriges Jahr eine

Offiziersversammlung: „Wir müssen die Machtfrage entscheiden.“

Es ist wieder Wendezeit in Moskau. Jelzin-Berater Sergej Kowaljow, der zugleich von seinem Amt als Vorsitzender der präsidentialen Menschenrechtskommission zurücktrat, verabschiedete sich als vierter Ratgeber von Jelzin unter Protest gegen die „stän-



Präsident Jelzin
Mit frischen Kenntnissen vom Mordgewerbe

P. JASSIN



Russische Truppe in Perwomaiskoje: „Wir müssen die Machtfrage entscheiden“

dige Bevorzugung gewaltsamer Methoden bei der Lösung politischer Probleme“ und protokollierte die „Abwendung des Präsidenten von der Politik demokratischer Reformen“.

Er verwies den Helden von einst endgültig in die rot-braune Ecke des KP-Chefs Sjuganow und des Nationalisten Schirinowski: Denen gegenüber „präsentieren Sie sich heute als einzige Alternative, doch vergeblich; es gibt mehr Gemeinsamkeiten als Unterschiede“.

Das Urteil aus der Feder des Humanisten konnte die konservativen Kreml-Strategen, unter deren Kuratel sich Jelzin nun begeben hat, kaum beirren. Eine kleine „Flucht vom Schiff“, nicht der Rede wert, meinte Jelzins Politik-Assistent Georgij Satarow – die Chancen einer Wiederwahl des Chefs im Juni würden dadurch nicht beeinträchtigt.

In Wahrheit tendieren sie gegen Null, das melden Meinungsumfragen täglich dem kleinen Kreis „mit Zugang zum Körper“ (Kreml-Jargon für die unmittelbare Jelzin-Umgebung). Doch auch das sei „gar nicht schlimm“, feixt ein Mitarbeiter des Vizepremiers Oleg Soskowez, der soeben zum Leiter der Wahlkampagne berufen wurde: „Um so größer werden unsere Verdienste um einen Wahlsieg – wir müssen nur Distanz zum Demokraten-Chaos halten.“

Jelzin soll und will das meiste genau so machen wie die siegreichen Kommunisten – nur besser und ohne rote Fahne. Fallen aber die Prognosen für eine Wiederwahl bis zum Mai nicht freundlicher aus, ließe sich aus dem Krieg im Kaukasus immer noch ein Vorwand konstruieren, um den Notstand auszurufen und den Wahltermin vom 16. Ju-

ni auf einen günstigeren Zeitpunkt zu verschieben.

Soskowez, Vertrauensmann der Rüstungsindustrie, hat es übernommen, Jelzins Image als Vater der Nation zu reparieren: „Fehler“, sagt er, gingen allein auf das Konto jener, die „marktwirtschaftliche Methoden anderer Länder auf russischem Boden nachahmten, ohne unsere besonderen Bedingungen in Rechnung zu stellen“.

Als Sündenbock wurde der Vizepremier Anatolij Tschubais, der zwei Drittel der Industrie (zumindest formal) in Privatbesitz überführt hat, seines Amtes enthoben – am selben Tag, an dem er seine Geldgeber vom Weltwährungsfonds empfangen wollte; es ging um neun Milliarden Dollar. Schon gerät Premier Wiktor Tschernomyrdin ins Visier der Aufräumer: Er sei, streuen Kreml-Beamte, ein „weicher Westler“.

Zum Tschubais-Nachfolger ernannte Jelzin einen „Helden der sozialistischen Arbeit“ und Generaldirektor der Automobilschmiede „Awtowas“ („Lada“), Wladimir Kadannikow, 54. Der ist der rechte Mann, die Mißwirtschaft des Staatskapitalismus wiederherzustellen.

Tschernomyrdin hatte sich für sein Amt als Generaldirektor eines Erdgaskonzerns qualifiziert, der heute den Löwenanteil an Rußlands Exporterlösen (1995: fast 75 Milliarden Dollar) einfährt. Kadannikows „Awtowas“ ist ein marodes Unternehmen, das mit 5,5 Bil-

lionen Rubel verschuldet ist (nach Börsenkurs 1,7 Milliarden Mark) und seit Monaten keine Löhne mehr zahlt.

Als erstes versprach der neue Vizepremier Subventionen für die vaterländische Großindustrie: zurück ins Defizit. Mit kurzfristigen Wahlgeschenken sollen all jene motiviert werden, im Juni ihr Kreuz für Jelzin zu machen, die sich vor einem Monat wütend den Kommunisten zuwandten: Den Studenten verspricht der Präsident höhere Stipendien, den Rentnern bessere Renten, den Soldaten pünktlichen Sold. Das aber würde bedeuten: Rückkehr zur Inflation.

Mit der Aufnahme Rußlands in den Europarat am vorigen Donnerstag vom Westen offenbar rehabilitiert, möchte der Moskauer Selbstherrscher das Debakel von Perwomaiskoje nun mit Geld ausbügeln. 340 Milliarden Rubel hat er bewilligt, samt einer Entschädigung von einem Jahreslohn für jeden getöteten Familienangehörigen.

Peinlich für Moskau: Der unverletzt davongekommene Partisan Radujew entließ vorigen Mittwoch mehr als die Hälfte seiner Gefangenen, nachdem die russische Propaganda längst verkündet hatte, sie seien alle ermordet worden.

Mit Staatsterror („Durchgreifen“) und Distanz zum Privatkapitalismus wirbt der Kandidat Jelzin um die kommunistischen Wähler. Denn gefährlich wird es für ihn, wenn sich der KP-Chef Sjuganow mit seinen beiden Konkurrenten Jawlinski (von der liberalen Partei Jabloko) und Lebed

(vom patriotischen Kongreß russischer Gemeinschaften) auf einen gemeinsamen nicht-kommunistischen Kandidaten und eine Koalitionsregierung einigen würde.

Besteht Kommunisten-Führer Sjuganow aber auf seiner eigenen Kandidatur, kann Jelzin vor einer Wiederkehr des Bolschewismus warnen. Hätte er damit Erfolg, käme es zu einer Stichwahl zwischen ihm und dem Rechtsradikalen

Schirinowski, die der jetzige Präsident wohl gewinnen würde.

Die Bedenkenlosigkeit in der Wahl seiner Mittel erlernte Jelzin, als er noch der KPdSU als Parteigewaltiger in Swerdlowsk diente. Damals ließ er das Haus schleifen, in dem Zar Nikolai II. 1918 von Kommunisten erschossen wurde – ein Pilgerziel. Jetzt läßt er es wieder aufbauen.

„Für mich ist am bittersten“, schrieb ihm Menschenrechtler Kowaljow, „daß Sie es nicht vermocht haben, vom Bezirkssekretär zum Menschen zu werden. Und Sie hätten doch das Zeug dazu gehabt.“ □



Jelzin-Gegner Kowaljow